

Novemberrevolution 1918 Barkassenfahrt am 3. November 2018:

Die Fahrt beginnt bei der Pontonanlage im Binnenhafen in unmittelbarer Nähe der Speicherstadt. An diesem historischen Ort und in anderen Bereichen des Hafens fand vom 22.11.1896 bis zum 7.2.1897 der große Hafearbeiterstreik statt. Es ging um bessere Arbeitsbedingungen, 16.000 streikten. Davon waren 2.500 in 12 verschiedenen Gewerkschaften organisiert. Der Streik endete mit einer Niederlage, die Streikenden wurden sozusagen ausgehungert und die Gewerkschaften sollten in den finanziellen Ruin getrieben werden. Streikführer war Adolf von Elm, der spätere Gründer der Konsumgenossenschaften. Der Streik trug zur Bildung des Transportarbeiterverbandes bei.

Die Route führt zunächst zu damaligen Großwerften

1. Reiherstiegwerft gegründet 1861
2. Firma M. A. Flint gegründet 1870
3. Norderwerft gegründet 1905
4. Stülcken Werft gegründet 1840
5. Blohm & Voss gegründet 1877
6. Vulkanwerft gegründet 1905
7. Jansen & Schmilinsky gegründet 1917

Danach fahren wir zu den Landungsbrücken und dem alten Elbtunnel und zum Abschluss machen wir einen Abstecher zum Hafendomuseum im Hansa Hafen.

Die Novemberrevolution und die Spaltung der Arbeiterbewegung ist nicht zu verstehen ohne die Vorgeschichte, den Beginn des 1. Weltkrieges:

Zum 28. Juli 1914 rief der Parteivorstand der SPD zu Massenkundgebungen gegen die drohende Kriegsgefahr auf. In Hamburg, Altona und Wandsbek fanden 19 Volksversammlungen als Protest gegen die Kriegshetze statt.

Am 29. Juli wurde im Deutschen Reich die Generalmobilmachung verordnet.

Ende Juli 1914 traf das sozialdemokratische Vorstandsmitglied Südekum mit der Reichsregierung eine Vereinbarung, dass keinerlei Generalstreik, Sabotage oder andere Aktionen geplant seien. Im Gegenzug sicherte die Regierung zu, auf das Verbot der Arbeiterorganisationen zu verzichten.

Am 1. August 1914 begann mit der deutschen Kriegserklärung an Russland der 1. Weltkrieg.

Am 2. August 1914 fällte eine Konferenz der Verbandsvorstände der deutschen Gewerkschaften den Beschluss, alle Streiks und Lohnkämpfe abubrechen und für die Zeit des Krieges sollte jeglicher Klassenkampf unterbleiben.

Am 4. August stimmte die SPD-Fraktion im Reichstag den Kriegskrediten einstimmig zu. Die vorherige interne Abstimmung in der Fraktion hatte hierfür eine Mehrheit

ergeben. Hugo Hase, der mit Friedrich Ebert die SPD nach dem Tode von August Bebel führte, lieferte dafür die Begründung im Reichstag obwohl er Fraktionsintern gegen die Zustimmung war.

In der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Presse wurde diese Haltung damit begründet, dass Russland das Deutsche Reich angegriffen habe.

In Hamburg formierte sich bereits am 13. August 1914 der Widerstand gegen die Kriegsbefürwortung. Anlässlich des ersten Todestages von August Bebel gaben die SPD-Mitglieder Heinrich Laufenberg, Fritz Wolfheim und Carl Herz folgende Erklärung ab:

„Der jetzige Weltkrieg ist nicht ein Krieg der Völker wider die Völker und nicht im Interesse der Völker, sondern ein Krieg im Interesse des internationalen Finanzkapitals. Er ist seiner Grundlage nach ein Krieg zwischen dem jungen, nach Ausdehnung drängenden deutschen und dem gefestigten, sich bedroht fühlenden englischen Imperialismus.“

Dieser Widerstand blieb während des Krieges immer in der Minderheit in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften in Hamburg.

Während des Krieges gab es in Hamburg und auch reichsweit immer wieder Hungerunruhen, Streiks und Demonstrationen.

Da von den Gewerkschaften keine Lohnkämpfe geführt wurden, sank die Kaufkraft der Löhne rapide und zudem waren die Lebensmittel rationiert.

Die Rationen betragen ab Juni 1917 gegenüber Vorkriegsniveau bei

Fleisch	20%
Eier	13%
Butter	21%
Käse	4%
Schmalz	11%
Kartoffeln	94%
Pflanzenfett	41%
Mühlenprodukte	47%

Nachdem die interparteiliche Opposition aus der SPD ausgeschlossen wurde gründete sich im April 1917 die USPD.

Der Deutsche Metallarbeiterverband führte im Juni 1917 eine Generalversammlung durch. Die Kriegsgegner dieser Gewerkschaft versuchten den Kurs des DMV zu ändern. Sie unterlagen und erhielten nur ein gutes Drittel der Stimmen.

Es war allerdings nicht nur eine Niederlage. Die Revolutionären Obleute, die sich zunächst in Berlin gebildet hatten, konnten sich durch die Generalversammlung landesweit vernetzen.

Vom 28. Januar bis zum 2. Februar 1918 fand im deutschen Reich ein Massenstreik für Frieden und Demokratie statt. Er war autonom von den Vorständen der Gewerkschaften organisiert worden und wurde von der USPD unterstützt.

An ihm beteiligten sich landesweit 1 Million Streikende, überwiegend aus der Metall- und Rüstungsindustrie.

In Hamburg waren die Werften der Schwerpunkt des Streiks. Es beteiligten sich 25.000 bis 30.000 Beschäftigte.

Die Forderungen lauteten auszugsweise:

1. Schleunige Herbeiführung des Friedens ohne Annexion, ohne Kriegsschädigung, aufgrund des Selbstbestimmungsrechts der Völker.
2. Zuziehung von Arbeitervertretern aller Länder zu den Friedensverhandlungen.
3. Ausgiebigere Nahrungsmittelversorgung.
4. Der Belagerungszustand ist sofort aufzuheben. Das Vereinsrecht tritt vollständig wieder in Kraft, ebenso das Recht der freien Meinungsäußerung in der Presse und in Versammlungen.
5. Die Militarisierung der Betriebe ist gleichfalls aufzuheben.
6. Alle wegen politischer Handlungen Verurteilte und Verhaftete sind sofort freizulassen.
7. Durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen in Deutschland, und zwar zunächst die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Männer und Frauen im Alter von mehr als 20 Jahren für den preußischen Landtag.

Auch wenn der Streik abgebrochen werden musste und einige Rädelsführer verhaftet wurden und an die Front geschickt wurden, war er sozusagen die Generalprobe für die Novemberrevolution einschließlich seiner Forderungen.

Ende September 1918 erläutert die oberste Heeresleitung unter Ludendorff und Hindenburg dem Kaiser, dass die Krieg nicht zu gewinnen sei. Für die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen sei eine Umbildung der Regierung, zumindest unter vorübergehender Einbeziehung der Sozialdemokratie, nötig.

Darauffolgend wird eine neue Regierung unter Max von Baden mit Beteiligung der SPD gebildet.

Der 29. Oktober 1918 war ein entscheidender Tag. Die deutsche Marine erhielt den Befehl zur Entscheidungsschlacht in der Nordsee. Das war für die Matrosen ein Himmelfahrtskommando. Sie meuterten und die Heizer verweigerten die Arbeit. Damit war dieser Plan der Marineführung gescheitert..

Am 31. Oktober wird ein Teil der Marine in seinen Heimathafen Kiel zurück -beordert. Während der Fahrt wurden 47 von ihnen als Rädelsführer der Meuterei festgenommen. Am 1. November trafen die Schiffe in Kiel ein. 250 Matrosen nutzten ihren Landgang und trafen sich mit Arbeitervertretern im Gewerkschaftshaus. Am 3. November demonstrierten 5000 bis 6000 Matrosen. Immer mehr Menschen schlossen sich an. Schließlich waren es 10.000. Sie forderten die Freilassung ihrer einsitzenden Marine-Kameraden.

In einer Seitenstraße trifft der Demonstrationzug dann auf einen Trupp kaisertreuer Offiziersanwärter. Deren Leutnant befiehlt nach wenigen Warnschüssen, gezielt auf die Demonstranten zu schießen. Es sterben 9 Demonstranten, 29 werden verwundet. Weitere kaisertreue Truppen lösen die Demonstration auf. Am nächsten Tag schließen sich immer mehr bewaffnete Marineeinheiten den Aufständischen an. Kaisertreue Einheiten, die die revoltierenden Matrosen festnehmen sollen, verweigern den Befehl und laufen zu den Aufständischen über. Auf der Germaniawerft und in anderen Betrieben finden Solidaritätsstreiks statt. Es bilden sich Soldatenräte. Der militärisch geschwächte Stadtkommandant von Kiel gibt den Forderungen der Matrosen nach und muss die politisch inhaftierten Kameraden freilassen. Er befiehlt, die auswärtigen Truppen abzuziehen. Die militärische Macht haben jetzt die Matrosen. In der Nacht vom 4. auf den 5. November bildet sich im Kieler Gewerkschaftshaus ein Arbeiter- und Soldatenrat.

Breits am 5. November berichten Hamburger Zeitungen von den Kieler Ereignissen. Der Generalanzeiger für Hamburg-Altona titelt: „Die deutsche Kriegsmarine unter der roten Flagge“. Auf den Werften Blohm & Voss, am Reiherstieg und in zahlreichen Betrieben finden Sympathiestreiks statt. Am Abend des 5. Novembers rief die USPD im Hamburger Gewerkschaftshaus zu einer Massenkundgebung auf. Vor 10.000 begeisterten Zuhörern rief der USPD-Reichstagsabgeordnete Wilhelm Dittmann dazu auf, dem Beispiel der Kieler Arbeiter und Matrosen zu folgen.

In der Nacht vom 5. auf den 6. November enterten revolutionäre Matrosen unter der Führung des Maats Friedrich Zeller die im Hafen liegenden Kriegsschiffe. Sie besetzten den Elbtunnel und fuhren zum Gewerkschaftshaus. Dort wurde morgens am 6. November ein provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat gebildet. Am Mittag trafen sich auf dem Heiligengeistfeld 40.000 Menschen zu einer Großkundgebung. Per Akklamation bestätigten sie den überwiegend aus USPD-Mitgliedern bestehenden provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat. Das Generalkommando in der Palmaille unter General von Falk war samt Stab geflohen. So hatte die Revolution in Hamburg einen fast kampflösen Sieg errungen.

Am 8. November wählten die Arbeiter in den Betrieben Delegierte für den großen Arbeiterrat. 18 Delegierte kamen aus Betrieben, die SPD, die USPD, die Linksradikalen und die Gewerkschaften erhielten je 3 Mandate. Vorsitzender des Rates wurde überraschenderweise Heinrich Laufenberg von den Linksradikalen. Das war die kleinste sozialistische Gruppe in Hamburg. Was war der Grund für dieses Ergebnis? Linksradikale und die USPD-Vertreter und die meisten betrieblichen

Vertreter hatten für Laufenberg gestimmt. Er stammte aus Köln, war kein Arbeiter, sondern promovierter Akademiker. Er war als Parteihistoriker nach Hamburg gekommen und hatte 1911 den ersten Band der „Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgebung“ herausgegeben. Dies war die erste historische Würdigung der Hamburger Arbeiterbewegung. Laufenberg war auch als konsequenter Kriegsgegner bekannt. Schon am 13. August 1914 war er einer der ersten Sozialdemokraten, die sich gegen den Soldatenrat wählten und den eher unpolitischen Wilhelm Heise zu seinem Vorsitzenden.

Auch in Berlin übernahm am 9. November der Arbeiter- und Soldatenrat die Macht. Scheidemann von der SPD rief die freie deutsche Republik aus. Wenig später rief Karl Liebknecht vom Spartakus die sozialistische deutsche Republik aus. Der Kaiser dankte ab und floh nach Holland ins Exil. In Berlin bildeten sich zwei Machtzentren: der Vollzugsrat der Arbeiter und Soldatenräte unter Führung von Richard Müller, gestützt von den revolutionären Obleuten, und der Rat der Volksbeauftragten, der paritätisch mit SPD- und USPD-Vertretern besetzt war. Dessen Vorsitzender war Friedrich Ebert.

In Hamburg beschloss am 12. November gegen den Widerstand der SPD die Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrates die Absetzung von Bürgerschaft und Senat. Dies war nachvollziehbar, weil die Bürgerschaft nach einem undemokratischen Wahlrecht zusammengesetzt war und der Senat unabhängig von der Bürgerschaft agierte.

Dieser Beschluss musste nach wenigen Tagen wieder zurückgezogen werden. Grund dafür waren organisatorische Schwächen im Arbeiter- und Soldatenrat. Bei drängenden Problemen wie die Ernährungslage und die Finanzierung steigender Arbeitslosenzahlen wollte man nicht auf das Fachwissen der Verwaltung verzichten. So blieb dem Arbeiter- und Soldatenrat nur noch ein Kontroll- und Genehmigungsrecht. Vertreter des Rates nahmen auch an den Sitzungen des Senates und der Fachbehörden teil. Man war sich einig, dass die Bürgerschaft nach einem allgemeinen und gleichen Wahlrecht, auch für Frauen, neu gewählt werden sollte. Der Wahltermin war allerdings strittig. Die SPD-Vertreter wollten möglichst bald wählen lassen, die USPD und Linksradiكالen waren für einen späteren Zeitpunkt, um noch Zeit für die Stabilisierung der Räte zu haben und gleichzeitig die Sozialisierung der Wirtschaftsordnung voranzutreiben.

Am 15. November vereinbarten die Gewerkschaften mit den Arbeitgeberverbänden ein wegweisendes Abkommen. Die Arbeitgeber erkannten die Gewerkschaften als gleichberechtigte Tarifpartner an und vereinbarten mit ihnen den 8-Stunden-Tag mit Lohnausgleich. Im Gegenzug bekannten sich die Gewerkschaften zum freien Unternehmertum. (Der 8-Stunden-Tag wurde 1923 gesetzlich wieder abgeschafft, die Zentralarbeitsgemeinschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeber wurde 1924 von den Arbeitgebern aufgekündigt)

Vom 16. Bis zum 21. Dezember 1918 fand in Berlin der 1. Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte statt. Die Vertreter der SPD hatten fast eine Zweidrittel - Mehrheit. Auch Laufenberg nahm an den Sitzungen teil. Auf dieser Versammlung wurde ein wichtiger Beschluss für die weitere Entwicklung der Revolution gefasst. Eine deutliche Mehrheit beschloss als Wahltermin für die Nationalversammlung den 19. Januar 1919. Wahlberechtigt waren Männer und erstmalig auch Frauen ab dem 20. Lebensjahr. Damit verblieb den Räten nur noch eine politische Übergangsrolle,

Nach dem Kongress verlangten die Vertreter der SPD in Hamburg eine sofortige Wahl der Bürgerschaft. Außerdem forderten sie eine Neuwahl des Arbeiterrates, da seine Zusammensetzung nicht den Kräfteverhältnissen der Hamburger Arbeiterbewegung entsprach. Schon vor dem Reichsrätekongress in Berlin war der Vorsitzende des Soldatenrates, Wilhelm Heise, durch Walther Lamp'1, einem SPD-Mitglied, abgelöst worden.

Die Weihnachtsunruhen in Berlin hatten den Auszug der USPD-Mitglieder aus dem Rat der Volksbeauftragten zur Folge. (Anlass war der Angriff auf die revolutionäre Volksmarine-Division, die sich im Berliner Schloss befand. Als Verantwortliche galten Friedrich Ebert und der Berliner Stadtkommandant Otto Wels) Auch im Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat kam es zu verschärften Auseinandersetzungen. Noch schärfer wurden diese Auseinandersetzungen durch die Januar-Kämpfe in Berlin. Der Anlass war unter anderem die Absetzung des linken USPDlers Eichhorn als Polizeipräsident. Auf den Werften in Hamburg gab es Solidaritätsstreiks. Laufenberg setzte im Arbeiter- und Soldatenrat gegen die Stimmen der SPD die Forderung nach Absetzung der Berliner Regierung durch und dass sich die Gewerkschaften dem Arbeiter und Soldatenrat unterordnen sollten. Die SPD nutzte ihre wachsende Macht und setzte Neuwahlen nach dem Verhältniswahlrecht im Arbeiterrat durch. Damit verschob sich das Kräfteverhältnis im Arbeiterrat zugunsten der SPD. Nach den Wahlen zur Nationalversammlung, bei denen die SPD in Hamburg 51,3% der Stimmen erhielt und die USPD lediglich 6,8%, trat Laufenberg zurück. Vorsitzender des Arbeiterrates wurde Karl Hense von der SPD. Als Termin für die Neuwahl zur Bürgerschaft wurde der 16. März 1919 festgelegt. Bei dieser Wahl erhielt die SPD die absolute Mehrheit. Sie bildete trotzdem eine Koalitionsregierung mit liberal bürgerlichen Kräften und beließ den bisherigen Bürgermeister von Melle aus der Vor- und Kriegszeit im Amt. Zehn Tage später übergab der Arbeiter- und Soldatenrat die politische Macht an die Bürgerschaft und löste sich anschließend auf.

Rolf-Rüdiger Beyer

Literatur:

Revolution! Revolution? Hamburg 1918/19, Begleitpublikation zur Ausstellung Revolution! Revolution? im Museum für Hamburgische Geschichte, Hamburg/Kiel 2018

Richard Müller: Eine Geschichte der Novemberrevolution, Nachdruck der 1924 und 1925 erschienen Titel mit einer Einleitung von Rolf-Hoffrogge, Verlag Die Buchmacherei, 6. Auflage, Berlin 2012

Sebastian Haffner: Die Deutsche Revolution 1918/19, Köln 2008